

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt



Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Erscheint seit

dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Nr. 259.

Sonntag den 7. November 1920.

79. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

**Stenans-Gera mit den Kontrollnummern:**  
786 bis mit 799 aus den Behringwerken in Marburg, 135 bis mit 163 sowie die Auslandsstempeln A bis M aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden,  
1163 bis mit 1328 aus den Höpfer Farbwerken  
had wegen Ablaufs der staatlichen Gewährungsdauer zur Einziehung bestimmt worden.  
Dresden, am 3. November 1920.  
1894 W M

Ministerium des Innern.

## Fettverteilung.

Auf den Abschnitt „X“ der Landesfettkarte werden auf die Zeit vom 8. bis 14. November 1920 50 g Butter ausgegeben.  
Die Krankenbutterkarten sind gleichfalls mit 50 g Butter zu beliefern.  
Meißen, am 5. November 1920.

Nr. 1216 II O.

Kommunalverband Meißen-Land.

## Aufruf.

Nachdem die Landwirtschaft des Meißner Bezirks großzügig die Winterbrennereien des Bezirks mit Kartoffeln zum Preise von 15 Mark für den Zentner zu beliefern beschlossen hat, hat die Industrie unserer Stadt dankenswerterweise ihrerseits Mittel zur Verfügung gestellt, um die Kartoffelpreise für die ärmsten Schichten unserer Wilsdruffer Bevölkerung noch weiter herabzudrücken. Für viele wird damit aber das unentbehrliche Nahrungsmittel immer noch nicht beschaffbar. Die städtischen Kollegien haben deshalb beschlossen, an alle die Kreise der Stadt, die die bittere Not noch nicht so unmittelbar empfinden, mit der Bitte heranzutreten, auch ihrerseits durch Geldspenden dazu beizutragen, das Los der Armen der Stadt zu erleichtern. In Ausführung dieses Beschlusses bitten wir, freundliche Gaben an die städtischen Kassen, wo auch Zeichnungslisten ausliegen, abzuführen zu wollen.

Wilsdruff, am 5. November 1920.

Der Stadtrat.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Danerischen Landtag wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt.
- Nach Austausch der Ratifikationsurkunden ist jetzt auch mit Rumänien der Friedenszustand eingetreten.
- Durch die deutschen Repressalien hat sich Polen endlich gezwungen gesehen, die geraubten deutschen Fischschiffe freizugeben.
- Der Reichstag genehmigte die Ausweisung weiterer 20 Millionen Mark in 50-Pennig-Stücken aus Aluminium.
- Die Reichswahlen sollen auf Grund einer Einigung zwischen den Parteien mit ständlicher Bestimmtheit am 18. Februar stattfinden.
- Der Papst überreichte dem Erzbischof von Köln bei dessen Abreise eine halbe Million Lire für die bedürftigen Kinder in Deutschland.

## Freigabe deutschen Eigentums in Amerika.

Herabsetzung der Wiedergutmachung.  
Neuerdings erfährt man aus Washington von höchster diplomatischer Stelle, daß die Vereinigten Staaten nicht nur alles deutsche Eigentum, das während des Krieges beschlagnahmt worden war, zurückgeben würden, sondern daß die Regierung der Vereinigten Staaten darauf bestehen würde, daß die von den Alliierten, insbesondere von Frankreich, geforderte Wiedergutmachung Deutschlands auf das allergeringste Maß vermindert würde.

## Deutschlands Rehabilitierung.

Von bestunterrichteter neutraler Seite kommt die Meldung, Lord George und die Berechtigten Staaten würden in der Völkerbundskonferenz darauf bestehen, daß Frankreich einer Rehabilitierung Deutschlands zustimme. Dies solle geschehen nach Feststellung einer unveränderbaren Mindestentschädigung. Deutschlands Rehabilitierung liege ebenso sehr in Frankreichs Interesse wie in dem des Völkerbundes, der nicht zulassen könne, daß wilder französischer Chauvinismus Europas Zukunft gefährde. Die Entente würde auch auf Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund dringen. Aus Washington wird weiter gemeldet, daß die Vereinigten Staaten auch darauf bestehen würden, daß Frankreich seine Entschädigungsforderungen ermäßige.

## „Der Völkerbund ist tot“.

Der neugewählte amerikanische Präsident Harding hielt vor einer ihm gläubig zuhörenden Volksmenge seine erste öffentliche Ansprache nach der Präsidentschaftswahl. Er sagte, der Versfall der Völkerbund sei tot. Amerika wüßte einen weissen und gerechten Anteil zu nehmen an einer Vereinigung der Völker, aber es wolle sich keiner fremden Oberherrschaft unterwerfen. Die amerikanischen Wähler hätten entschieden, daß Amerika frei und unbelastet gegenüber Europa dastehen müsse. Darauf erließen eine Prozession mit einem Gange, der eine Wappe enthielt, auf die ein Vorkriegs- und der Aufschrift: „Völkerbund“ gefolgt war.

## Deutscher Reichstag.

7. Sitzung. OB. Berlin, 6. November.  
Die große Rede Hesse's rief in der gestrigen Sitzung noch den Reichsfinanzminister Dr. Wirth auf den Plan, der der Kritik des ehemaligen Staatssekretärs der Reichsfinanzen mitgegenüber und u. a. bemerkte, Herr Hesse habe nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, der einer Weg zur Besserung sei. Die Regierung habe sich für die schleunige Erhebung des Reichssozialpolters entschieden. Der Rest müsse zur Erlegung der Steuerlasten herangezogen werden. Die furchtbare Lage des deutschen Volkes sei eng verknüpft mit dem Schwinden letzten Gemeinfinances. Die nächsten Tage würden eine neue Milliardenvorlage zur Beschaffung von Brotgetreide bringen gegen die letzte Regierung berufen, der feinerzeit den fundamentalen Strich geben, zu sagen: Das Reichswort der Staatskosten sollen die andern hinter sich beschleppen!

Nach Dr. Wirth sprach noch der Abg. Dr. Cuno (Deutsche Vp.), der die wirtschaftliche Lage beleuchtete. Man kann einen großen Beitrag nicht dadurch gesund machen, daß man die Einnahmen herbeizieht. Man muß die Ausgaben verringern nach volks- und staatswirtschaftlichen Grundsätzen. Verbrauchet doch die Eisenbahnverwaltung heute das Doppelte wie vor dem Kriege. Nun kommt die Vermehrung der Beamten. In Deutschland ist fast jeder zehnte Mann ein Beamter, wobei ich die Betriebsräte, die Angestellten der Kriegsgesellschaften usw. gar nicht mitrechne. Der Schrei nach der Sozialisierung ist nicht als der Schrei nach der Rentenpresse, Marx würde heute, wenn er lebte, auf der Rechten liegen. — Die heutige Sitzung beginnt mit der Beantwortung von

## 36 Keinen Anfragen.

Nur einige nehmen allgemeines Interesse in Anspruch. So fragte der Abg. Rauch (Deutsche Volkspartei) den Reichsfinanzminister nach den Einzelheiten über die dem Auslands-Deutschen drohende steuerliche Belastung. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß Zinsen aus Entschädigungsforderungen nur insoweit der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs unterliegen, als sie für die Zeit bis zum 30. Juni 1919 entrichtet werden. Dagegen sind die von der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs befreit, soweit sie für einen nach dem 30. Juni 1919 liegenden Zeitraum gezahlt werden. Der zur Begleichung der Entschädigungsforderungen ausgezahlte Betrag wird insoweit der Einkommensteuer unterliegen, als in ihm ein nach dem Einkommensteuergesetz veränderbarer Gewinn enthalten ist. Auf eine Anfrage des Abg. Bentzen (Deutsche Vp.) über die unannehmliche Behandlung aktiver Mitglieder deutscher Reichstagsvereine in englischen Häfen wurde geantwortet: Die britische Regierung hat ihr Bedauern über die Vorgänge ausgesprochen, die ihr selbst auch unerwartet gekommen seien. Nach Möglichkeit soll von der englischen Regierung auf Abhilfe geachtet werden. Weiter wurde auf eine Anfrage des Abg. Dr. Straßmann (Deutschnat. Vp.) erwidert, daß die Zahl der noch in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen auf 12000 geschätzt wird. Davon ist der größte Teil bereits in europäisch-russischen Lagern eingetroffen und, es besteht die begründete Hoffnung, daß diese Gefangenen bis auf einen verschwindend kleinen Teil aus Sibirien heimkehren werden. Die letzten Transporte sollten im Oktober verlaufen.

Eine Interpellation der Deutschnationalen über die Kartellisierungsvorwürfe soll in den nächsten Tagen beantwortet werden. Bei der

## Weiterberatung des Reichshandelsrats

am zunächst der Abg. Wittmann (Rechtsunabhängiger) zum Wort. Er begann seine Ausführungen mit starken Angriffen auf den Abg. Hesse. Das Ansehen der Hesse'schen und Welt'schen, sagte er, ist eine Propagation des ganzen Volkes, denn sie gehören zu den Quantitätsgiganten auf Weltkriege. Sie haben den Trümmerhaufen geschaffen, vor dem wir jetzt stehen. Sie haben bemerkt Amerika in den Krieg hineingezogen. In keinem Lande der Welt würde man dulden, daß solche Volksvertreter im Parlament nach dem Mund aufstehen. Diese und ähnliche Bemerkungen des Redners wurden auf der Rechten mit Beifall und auf der Linken mit Unruhe aufgenommen.

## Die Wasserabgabe.

Der nächste Redner war der Reichskommissar für die Entwässerung, Peters. Die Anmeldefrist für die Wasserabgabe ist abgelaufen, besaß er, das Material wird jetzt geprüft. Bei der Ableitung der Wasser der Organisationen muß Rücksicht genommen werden auf die Verhältnisse der einzelnen Gebiete. Es ist zu verstehen, wenn man in Bayern, wo man sehr trübe Erfahrungen gemacht hat, nicht geneigt ist, zuerst die Gewässerreinigung durchzuführen. Auch die Verhältnisse an der Ostgrenze müssen berücksichtigt werden. In Ostpreußen ist ein Grenzschutz errichtet worden, der gute Dienste geleistet hat.

Ich habe mit dem bayerischen Ministerpräsidenten verhandelt und kann sagen, daß er der Ansicht ist, daß das Ziel des Entwässerungsgesetzes erreicht werden muß. (Hier lachte man auf der Rechten und rief dem Redner zu: „Das glauben Sie?“) Ich habe keine Veranlassung, fuhr der Reichskommissar fort, den Worten nicht zu glauben. Ich bitte, mir bei der Durchführung des Gesetzes Zeit zu lassen. Ich werde das Entwässerungsgesetz ganz undenkbar von der Rechten und von der Linken durchzuführen, so wie es vorgeschrieben ist.

Abg. Verndura (Dent.) sang vor allem auf die große

Frage der Revision des Friedensvertrages von Versailles ein. Der Vertrag ist schlechterdings nicht durchführbar, erklärte der Redner. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, hat wiederholt betont, man müsse den Vertrag so weit als möglich zu erfüllen versuchen, um seine Unerfüllbarkeit zu beweisen. Aber schon jetzt ist der Beweis erbracht, daß der ganze Vertrag in allen seinen wesentlichen Teilen nicht durchführbar ist. Daher ist es nicht nötig, daß Deutschland auf der Bahn der Vertragserfüllung bis zu endgültigen Untergang weitergeht. Wir verlangen deshalb die unmittelbare Revision des Vertrages, wir verlassen die Revision aus rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Gründen. Diese Revision hat die zweite Internationale in Genf, der unabhängige Parteitag in Halle, der sozialistische Parteitag in Kassel und der deutsch-nationale Parteitag in Hannover gefordert. Wir schließen uns dieser Forderung an. Wer soll denn eine solche Revision betreiben, wenn nicht das deutsche Volk und seine erwählten Vertreter.

## Russland als Hort der Freiheit.

Darauf sprach der Abg. Dr. Ledt (Kommunist). Er stellte Russland als den Hort der Freiheit hin und wies auf die gegen den Imperialismus Englands und Frankreichs, der uns alle zu Sklavensoldaten gemacht habe. Der nächste Redner war der Abg. Alpers (Welfe), der für eine bessere Stellung Hannovers Stimmung zu machen versuchte. Die Sitzung zog sich noch geraume Zeit hin.

## Neueste Meldungen.

### Reiseneinlagen bei den Sparbanken.

Berlin. Während die Monate Juli und August ein Abflauen des Geldzuflusses in den Sparbanken gebracht haben, führte der September den Sparbanken wieder gewaltige neue Mittel zu. Die Einlagen vermehren sich um 700 Millionen gegen 200 und 400 Millionen im September der beiden Vorjahre und gegen 400 Millionen im Monat August. Trotz der unangünstigen Ergebnisse in den ersten drei Monaten haben sich die Spareinlagen seit Jahresbeginn um 5,6 Milliarden vermehrt, sind also um 1/4 Milliarde stärker als in der gleichen Zeit im Vorjahre.

### Vorkünftig keine Fahrpreiserhöhung.

Berlin. Die von zuständiger Stelle versichert wird, daß das Reichsverkehrsministerium vorkünftig davon Abstand genommen, die Person- und Gütertarife der Eisenbahnen erneut heraufzusetzen.

### Kontrolle der deutsch-litauischen Grenze.

Königsberg i. Pr. Eine Prüfung des Güterverkehrs über die litauische Grenze auf der Eisenbahn Endikuhnen—Wirballen, die auf Anordnung des Militärbehörden stattfand, ergab, daß in keinem Falle militärische Gegenstände festgestellt worden sind. Eine Verfeinerung von Mannschaften ist gleichfalls in keinem Falle festgestellt worden. Weiter wurde ermittelt, daß keinerlei Gütertransporte festgestellt haben, für welche nicht die Genehmigung des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr vorgelegen hat. Alle entgegenstehenden Behauptungen sind unzutreffend.

### Oberster Rat der Verbraucher.

Paris. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht eine Verordnung über die Einsetzung eines Obersten Rats der Verbraucher, der eine scharfe Kontrolle der Lebensmittelpreise und der Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel ausüben soll und dem Ernährungsministerium angegliedert wird.

### Amerikanisch-japanische Differenzen.

Washington. Die Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter und dem Staatsdepartement über die Einwanderungsfrage sind wieder aufgenommen worden. Obwohl der Staat Kalifornien ein Gesetz angenommen hat, das die japanischen Unterthanen von der Einwanderung ausschließt, hofft man zu einer Regelung zu gelangen.

### Im König Konstantin.

Athen. Die Zeitungen veröffentlichten die Antwort Venizelos auf die Erklärungen Gumaris, der die Thronfolgefrage durch eine Volksabstimmung geregelt sehen möchte. Venizelos erklärte, daß er die diplomatische Frage von der Dynastiefrage nicht trennen wolle, da sie beide untrennbar verbunden seien. Die Meinung der liberalen Partei, sagt Venizelos, ist, daß der verstorbenen Königin Alexandra recht-